

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **09. Februar 2021** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.45** Uhr)

im **Badnerlandhalle, Rubensstr. 21**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Ortschaftsrätin Siglinde Andor (V)

Schriefführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Lüking**

Zu TOP 1: **Frank Lamm, Tiefbauamt Stadt Karlsruhe,
Sachgebietsleiter Gewässer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **28.01.2021** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **04.02.2021** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: **Situation Heidesees, Informationen des Tiefbauamtes, mündlicher Vortrag**

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Frank Lamm, zuständig beim städtischen Tiefbauamt für Gewässer, recht herzlich.

Dabei nehmen Sprecher aller Parteien, Ortsvorsteher und Verwaltung die Gelegenheit wahr und bedanken sich bei der Vorstellung des Themas nochmals recht herzlich bei der Neureuter Freiwilligen Feuerwehr, die in mehreren ungewöhnlichen Einsätzen viel Engagement bei der Rettung des Heidesees gezeigt hatte. Bekanntlich waren die Feuerwehrkameraden mehrere Tage an Weihnachten/Jahreswechsel bei Einsätzen beschäftigt. Denn aufgrund von Sauerstoffmangel kam es im Heidesees zu einem Fischsterben. Die Feuerwehr entnahm dabei zunächst Wasser aus dem See und leitete es mit einem Wasserwerfer wieder in den See zurück, damit der Sauerstoffgehalt sich wieder erholen konnte.

Auch dem Bürgerverein Heide dankt der Vorsitzende für dessen Aufmerksamkeit und seinem Engagement für den Heidesees - nicht nur bei dieser dramatischen Situation.

Der Heidesees bereite Leid und Kummer, nicht nur im Sommer, meint der Vorsitzende und verweist damit auch auf Probleme mit Badenden in der warmen Jahreszeit oder auch Hundehaltern. Denn um den Heidesees gibt es viele Nutzenden mit unterschiedlichen Interessen, die sich nicht immer naturschutzkonform verhalten.

Einleitend zur Thematik erinnert Lamm daran, dass der See eine Sandgrube seit Ende des Krieges war, der teilweise verfüllt wurde. Auch erwähnte er seine Nutzung als Fischereigewässer. 2012 gab es bereits Probleme mit Cyano-Bakterien, bevor es dann im Dezember 2020 zu Sauerstoffmangel gekommen sei. Das daraus resultierende Fischsterben habe ihn überrascht, da es atypisch sei und sonst im Sommer vorkomme. Als Sofortmaßnahmen nach der Meldung von Fischsterben am 10.12. 2021 führt er an:

- Sauerstoffmessung
- Beregnung durch Feuerwehr (ab 11.12.)
- Wiederholung der Sauerstoffmessung
- Beregnung durch Feuerwehr (ab 21.12.)
- Erneute Sauerstoffmessung

Zur momentanen Situation des Sees mit einer Fläche: ca. 27.000m² und einer max. Tiefe von 14,50 m (ohne Schlamm) stellt Lamm dar, dass die Sauerstoffwerte stabil seien, nunmehr herrsche ein positiver Einfluss der Temperatur und des Niederschlags.

Es sei nun eine Ideensammlung zur nachhaltigen Lösung ebenso wie eine Bestandserhebung mit einer Sichtung der möglichen Ursachen vorgesehen.

Danach gibt er einen Überblick zu kurz- oder auch längerfristige Möglichkeiten:

Beispielsweise könnte man den See sich selbst überlassen, wobei ein eventueller erneuter Feuerwehreinsatz nötig sei. Eine Sauerstoffzufuhr, Zwangsbelüftung sei allerdings störungsanfällig. Zum Bereich Phosphorfällung, Fischereimanagement - müsse man die Möglichkeit mit Fischereisachverständigem ausloten und die rechtliche Umsetzung klären. Auch dem Fischereimanagement käme eine Bedeutung zu.

Als längerfristige Option könne ebenfalls erwogen werden, den See sich selbst zu überlassen, ohne unterstützende Eingriffe des Menschen, was zu schwierigen Zwischenzuständen mit Geruchsbelästigungen führen könnte. Der See hätte sich dann in 20 bis 25 Jahren selbst regeneriert. Eine rein technische Lösung mit Sauerstoffzufuhr, Zwangsbelüftung verursache hohe Unterhaltungskosten und verstärke die Probleme bei Störungen. Den See zu entschlammen sei keine Ideallösung, betont er.

Die Verringerung des Phosphorgehaltes sei, so Lamm, eine technische Lösung und mittelfristig auch als Zwischenlösung möglich. Eine Strukturverbesserung mit Sauerstoffeintrag durch Bewuchs erfordere eine aufwendige Planung, sei langwierig, ein Wasserrechtsverfahren sei ebenso notwendig wie eine ökologische Abwägung erforderlich.

Zunächst ist in den nächsten Wochen und Monaten in Abstimmung mit allen Beteiligten ein intensives Messprogramm vorgesehen, um die Einflüsse zu erkunden und die Defizite zu benennen. Es solle eine Machbarkeitsstudie und ein Nutzungskonzept erstellt werden. Bei diesem solle eine Lösung gefunden werden, die auch von der Öffentlichkeit angenommen wird. Bürgerinnen und Bürger sollen regelmäßig mit eingebunden werden, meint der Fachmann. Darunter natürlich auch die Ortsverwaltung mit Ortschaftsrat, Bürgerverein Heide sowie der Anglerverein. Und weiter betont er, dass es keine Lösung von heute auf morgen gebe. Kurzfristiges Vorgehen müsse für längerfristige Lösungen Raum schaffen. Bevor man in die Detailplanung gehe, müsse mit allen Nutzenden abgestimmt werden, welche Notwendigkeiten zu erfüllen seien. Das Spektrum reiche vom umzäunten See ohne Publikum bis zum Badesee ohne Fische, machte er klar. Nach der Detailplanung gehe es dann in die Umsetzung.

Bei der anschließenden Diskussion, bei der sich alle Sprecherinnen und Sprecher für die Ausführungen bei Frank Lamm bedankten, fragt **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** unter anderem nach, ob das Baden im See in heißen Sommern eventuell der Grund für das verstärkte Algenwachstum sein könne? Hier signalisiert Frank Lamm Entwarnung. Denn vielmehr sei das Füttern der Fische bzw. Wildtiere ein starker Sauerstoffzehrer. Eine von ihr auch ins Spiel gebrachte installierte Fontäne im Heidensee habe zwar den gleichen Effekt wie die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr, sei jedoch energie- und kostenintensiv, so Lamm.

Fraktionsvorsitzender Ole Reher verbindet seinen Dank an die Feuerwehr für ihren Dienst mit der Befürchtung, dass sie nochmals im Frühjahr benötigt werden würde, wenn die Temperaturen steigen werden. Er hoffe, dass Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte immer auf dem Laufenden gehalten werden, um den Bürgerinnen und Bürgern auf deren Fragen entsprechend antworten zu können.

Ortschaftsrat Sebastian Kreuter erfährt auf seine Frage, welche Pflanzen zu einer Verbesserung des Wasserhaushaltes führen, dass beispielsweise Schilf, Erlen und auch Weiden sowie alle Pflanzen, deren Wurzeln sich Richtung Wasser entwickeln, dazu beitragen. Wichtig sei die Diversität.

Es seien viele Möglichkeiten der Sanierung des Heidesees vorgestellt worden, so **Ortschaftsrat Thomas Metzger**, der in diesem Zusammenhang nach der Zeitschiene und konkreten Vorschlägen fragte. Jetzt beginne das Messprogramm - Ende des Jahres möchte man einen wesentlichen Schritt weiter sein und sich auf zwei bis drei Lösungen eingeschränkt haben, zählt Lamm auf.

Dazu betont der Vorsitzende, wenn Sofortmaßnahmen benötigt werden, diese auch betrieben würden. Lamm unterstreicht hierzu, dass auch die kurzfristigen Maßnahmen so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Uneinsichtige Nutzende im Bereich des Heidesees fordert **Hubert Kast (Fraktionsvorsitzender)**, sollten auch mit etwas mehr Nachdruck von einem solchen Konzept überzeugt werden müssen, wünscht er sich im Hinblick auf manche Hundebesitzer. Hinsichtlich der von Kast befürchteten Toxizität des Schlammes, kann ihn Lamm beruhigen – denn sonst wäre das Wasser mehr belastet, führt er im Hinblick auf die im Wasser gemessenen Werte an. Es könne sich dabei nicht um mobilisierbare Stoffe handeln. Das Problem seien die im Schlamm vorhandenen organischen Stoffe

und deren Zersetzungsprodukte. Jedoch werden die chemischen Analysen des Schlammes ein wichtiger Teil des Messprogramms sein.

Zusammenfassend betont Lamm nochmals, man wolle die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, um eine größere Akzeptanz zu erreichen. Verbote können nicht durch einen Ranger vor Ort überwacht werden. Seiner Meinung nach funktioniere es nur, wenn die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen in der Bevölkerung bewusst werden.

Man habe sich überlegt, so der Vorsitzende, ob diese Situation am Heidesee nicht die Chance biete, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die eine unsachgemäße bzw. verbotene Nutzung, wie unter anderem das Baden, in Zukunft zu unterbinden. Dazu zähle beispielsweise eine Bepflanzungsaktion. Nun liege es auch am Ortschaftsrat Entscheidungen, wie beispielsweise eine punktuelle Einzäunung des Uferbereiches, um Schilf anwachsen zu lassen, zu treffen. Denn eine Überwachung sowie das vielfältige Engagement des Bürgervereins Heide habe hier noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Vielleicht wäre eine technische Maßnahme besser als eine Kontrollmaßnahme!

Dem vielfachen Dank an die Feuerwehr schließt sich der Vorsitzende an und erinnert, dies habe er bereits auch in den „Neureuter Nachrichten“ getan. Auch hier zeige, wie wichtig es sei, in Neureut eine funktions- und leistungsfähige Feuerwehr zu haben. Dieses Lob dürfen die Ortschaftsräte auch persönlich weitergeben, denn in der nächsten Sitzung sei der neue Kommandant zu einer Vorstellungsrunde eingeladen

Abschließend dankt der Vorsitzende für den Sachstandbericht und sagt, an Frank Lamm gewandt, man werde auf die Ergebnisse der Messungen und auf Vorschläge ihres Amtes warten und parallel dazu im Ortschaftsrat über Möglichkeiten beraten, die sich die Ortschaftsräte vorstellen könnten. Diese wolle die Ortsverwaltung dem Fachamt dann zur Prüfung geben. Dabei solle auch alles miteinander in Einklang gebracht werden.

Dank kommt von ihm auch an den Bürgerverein Heide für die hervorragende Zusammenarbeit und das Engagement. Er sagt zu, dass die Ortsverwaltung alle Partner und Beteiligte auf dem Laufenden halten zu wollen. Sobald die Ortsverwaltung entsprechende Informationen bekomme, wolle man sie weitergeben!

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Informationen von Frank Lamm vom städtischen Tiefbauamt zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Restaurierung Kriegerdenkmal vor der Nordkirche**

Unter dem Motto: „Was lange währt, wird (hoffentlich) bald gut“, leitet der Vorsitzende den Sachstandsbericht zur Restaurierung des Kriegerdenkmals in der Neureuter Hauptstraße bei der Nordkirche ein.

Dazu liefert die **Leiterin des Bauamtes, Patricia Lüking**, folgende Informationen: Das Projekt „Restaurierung des Kriegerdenkmals“ wurde im August 2020 durch das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft genehmigt. Ebenfalls im August 2020 fand ein gemeinsamer Ortstermin zur Begutachtung des Kriegerdenkmals mit dem Zentralen Juristischen Dienst (Untere Denkmalschutzbehörde), dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart), mit der durch die Ortsverwaltung Neureut für dieses Vorhaben vorgeschlagenen Architektin sowie mit einer Vertreterin der Ortsverwaltung Neureut statt. Im November 2020 wurde mit der von der Ortsverwaltung Neureut für dieses Vorhaben vorgeschlagenen Architektin ein „Sonstiger Architekten-/ Ingenieurvertrag“ für die Restaurierung des Kriegerdenkmals einschließlich Bestandsaufnahme, Ausschreibung und Bauleitung geschlossen. Diese hat zwischenzeitlich das Denkmal kartiert und sich den abgebrochenen Adler des Denkmals näher betrachtet. Dieser besteht nicht wie ursprünglich vermutet aus Metall. Vielmehr handelt es sich um eine sogenannte Galvanofigur mit einer künstlichen Patina. Die innenliegende Stahlkonstruktion des Adlers ist witterungsbedingt gerostet und hat dabei den Gips und das Kupfer auseinandergetrieben.

Für die Restauration des Adlers konnte die Architektin eine Kunstschmiedewerkstatt ausfindig machen, die sich unter anderem auf die Restaurierungen dieser Art von Figuren spezialisiert hat. Diese Kunstschmiedewerkstatt hat die Adlerfigur bereits untersucht und ein Angebot unterbreitet, welches dem Regierungspräsidium Stuttgart (Landesamt für Denkmalpflege) ebenfalls mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt wurde. Diese ist am 18.12.2020 eingegangen.

Das Landesamt für Denkmalpflege weist darauf hin, dass der Kunstwert dieses „Retortenstücks“ zwar nicht allzu hoch ist, der denkmalpflegerische Aufwand jedoch grundsätzlich förderfähig sei und erklärt weiter, dass eine Kartierung einschließlich Dokumentation und Instandsetzungskonzept, erstellt durch die Kunstschmiedewerkstatt, dem Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung beizufügen ist.

Als nächste Schritte führt Bauamtsleiterin Patricia Lüking an:

- Erstellen der Kartierung, Dokumentation und Instandsetzungskonzept des Adlers durch die Kunstschmiedewerkstatt (die Schadenskartierung und

Dokumentation, erstellt durch die beauftragte Architektin, liegen seit dem 25.01.2021 bereits vor).

- Vorbereiten des Antrags auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung sowie des Zuschussantrags durch die beauftragte Architektin.
- Mit Vorliegen dieser Unterlagen wird der Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung, einschließlich Zuschussantrag, über den ZJD an das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 21 eingereicht.
- Hinweis: Vor Erteilung der denkmalschutzrechtlichen Genehmigung einschließlich Genehmigung der Fördergelder (Denkmalförderung) darf mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen werden!
- Sobald alle Genehmigungen vorliegen werden die „Vergabearbeiten“ (Erstellung von Leistungsverzeichnissen, Einholung von Angeboten, ...) durch die beauftragte Architektin eingeleitet.
- Nach Auftragserteilung wird mit den Restaurierungsarbeiten begonnen“.

Grundsätzlich sei seine Fraktion dafür, dass das Kriegerdenkmal restauriert werde, so **Ortschaftsrat Harald Denecken**. Ergänzend schlägt er vor, eine Tafel mit dazugehörigen Informationen neben dem Denkmal zu befestigen, wie dies bereits bei anderen städtischen Denkmälern jetzt oft gemacht werde!

Kritische Anmerkungen kommen von **Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis**, die fordert, über einige Aspekte nachzudenken – so fragt sie beispielsweise nach, ob eine so aufwendige Restaurierung jetzt nötig sei? Auch könnte ein entsprechendes Gedenken angemessener - ohne Figur mit solch aggressiver Symbolik – denkbar sein, meint sie hinsichtlich des Adlers.

Dazu entgegnet der Vorsitzende, dass die Entscheidung zur Restaurierung nicht Sache der Politik, sondern des Landesdenkmalamtes sei. Dies habe entscheiden, dass das Denkmal förderungswürdig und -fähig sei. Die Mittel dafür kommen auch nicht aus dem Teilhaushalt Neureut sondern aus Sondermittel des Amtes für Hochbau und Gebäudewirtschaft. Insgesamt seien die Einwirkungsmöglichkeiten für den Ortschaftsrat beschränkt.

Ortschaftsrat Dieter König unterstreicht, es habe sehr lange gedauert, das Verfahren, das hinter der Restaurierung stecke, auf einen hoffentlich guten Weg zu bringen. Mit dem Denkmal, das 1870/71 aufgestellt wurde, werde vor allem auch der Gefallen des Ersten Weltkrieges erinnert, auf der Gedenkplatte seien sehr viele Teutschneureuter Namen zu finden. Er erinnert auch daran, dass es vor allem der Sandstein sei, der restauriert werde. Zudem begrüßt er die Idee mit der Anbringung einer Infotafel.

Auch **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** unterstützt für seine Fraktion ebenso den Vorschlag von Ortschaftsrat Harald Denecken mit einer Tafel zur Information. Die CDU-Fraktion begrüße die Restaurierung, bekräftigt er.

Abschließend kommen vom Vorsitzenden noch einige Erläuterungen zum Buntsandstein und zur Finanzierung, denn bereits 2012 bei der Renovierung des Spundenfresserbrunnens aus Buntsandstein vor dem Rathaus, sei eine Restaurierung des Denkmals Thema gewesen, damals habe es jedoch an entsprechend verfügbaren Geldern gefehlt!

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt vom Sachstandsbericht des geplanten Projektes „Restaurierung des Kriegerdenkmals“ in der Neureuter Hauptstraße Kenntnis.

Zu Punkt 3 der T.O.: Erweiterung des Wochenmarktes auf dem Neureuter Platz

Bevor **Hauptamtsleiter Thomas Jäger** Informationen zur Erweiterung des Wochenmarktes gibt, bedankt sich der Vorsitzende beim anwesenden Redakteur der Badischen Neuesten Nachrichten, Dietrich Hendel, der in der Wochenendausgabe über den Neureuter Markt berichtet hatte.

Der Wochenmarkt auf dem Neureuter Platz erfreue sich zunehmender Beliebtheit, sowohl bei den Marktbesuchern, als auch bei den Besuchern, berichtet Thomas Jäger. Daher sei das Marktamt auf die Ortsverwaltung Neureut zugekommen, mit dem Anliegen, diesen entsprechend ausweiten zu wollen.

Im ersten Schritt sind bereits weitere Stände im Bereich der Arkaden angesiedelt worden. Langfristig und bei weiterhin hohem Interesse könnte sogar ein zweiter Markttag in Erwägung gezogen werden. Voraussetzung sei, so Jäger, unter anderem eine ausreichende Stromversorgung. Hierzu bedürfe es verschiedener Standorte von Stromverteilerkästen auf dem Neureuter Platz. Derzeit werde geprüft, welche die geeigneten Standorte seien und in welcher Höhe finanziellen Mittel benötigt werden. Da dies gewisse Zeit in Anspruch nehmen werde, ist vorübergehend eine temporäre provisorische Stromversorgung bei den Arkaden erforderlich. Angedacht sei langfristig ein weiterer Ausbau im Bereich des Bärenweges.

Aktuell sind 23 Besucher jeden Freitag auf dem Markt, gibt Jäger bekannt.

Es sei eine tolle Idee, freut sich **Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht**, den Markt in Richtung Bärenweg ausbauen zu wollen, nachdem Jäger entsprechende

Überlegungen aufgezeigt hatte. Auch denkt sie weiter, da mit einem möglichen Stromausbau eventuell Veranstaltungen wie Kerwe oder Straßenfest auf dem Neureuter Platz Raum finden könnten. Weiter schlägt sie vor, den Wochenmarkt den gesamten Freitag auf dem Platz zu installieren. Die zudem vorgetragene Idee, eventuell noch einen zweiten Markttag ins Leben rufen zu wollen, findet ebenfalls ihre Zustimmung.

Vorsitzender Hubert Kast schließt sich seiner Vorrednerin an und meint, es seien tolle Aussichten – auch im Hinblick auf das kommende Zentrum III.

Ortschaftsrätin Irene Moser zeigt sich auch sehr erfreut über die Vergrößerung des Marktes. Viele Jahre habe man sich das gewünscht, das Potenzial dafür sei da! Der Markt bringe ein Flair, der den Neureuter Platz aufwerte.

Ortschaftsrat Rouven Stolz befürwortet auch sehr, den Markt zu erweitern. Über einen zweiten Markttag könne nachgedacht werden, wenn die Nachfrage da sei.

Rüdiger Lörz (Ortschaftsrat) findet das Angebot sehr ansprechend und es werde von der Bevölkerung gut angenommen. Er regt in diesem Zusammenhang an, für die durch die Pandemie gebeutelten Neureuter Vereine einen Stand unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Dies verspricht der Vorsitzende zu überprüfen.

Fraktionsvorsitzender Ole Reher weist darauf hin, dass die Grundversorgung in Neureut außerordentlich gut sei und der Zuspruch für Wochenmärkte in Zeiten der Pandemie zugenommen habe.

Auch sieht er gute Chancen für den Platz hinsichtlich Zentrum III. Wenn hier Festivitäten wie Kerwe, Straßenfest etc. ausgeführt werden könnten, wäre dies eine attraktive Lösung rund um die Badnerlandhalle und den Brunnen.

Der Vorsitzende dämpft jedoch die Erwartungen für einen weiteren Markttag, denn dies gestalte sich schwieriger, da die Marktbesucher wochentags meist ausgebucht seien. Es werde vom Fachamt eine Umfrage unter den Besucher gestartet, die Ortsverwaltung stehe hierzu in engem Kontakt – eine Überprüfung wurde zugesagt!

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Informationen zur Erweiterung des Wochenmarktes auf dem Neureuter Platz zur Kenntnis.

**Zu Punkt 4 der T.O.: **Straßenverkehrsrecht / Information zum
Radwegekonzept
Hier: verkehrsrechtliche Anordnung Teutschneureuter
Straße****

Ortschaftsrat und Ortsverwaltung freuen sich auch über kleine Erfolge, macht **Hauptamtsleiter Thomas Jäger** deutlich, als er dem Gremium einen „ersten kleinen Baustein“ zum Neureuter Radwegekonzept vorstellt.

Bekanntlich hatte der Ortschaftsrat im Oktober 2020 dem fraktionsübergreifenden Radwegekonzept Neureut einstimmig zugestimmt. Alle Fraktionen waren daran beteiligt – dabei sind insgesamt 30 Hinweise und Verbesserungsvorschläge erarbeitet worden.

Die Vorschläge sind dem zuständigen Stadtplanungsamt, Bereich Verkehrsplanung und den weiteren Dienststellen (Ordnungsamt, Straßenverkehrsstelle, Forst, Tiefbauamt) zugeleitet worden. Nun erfolgte die erste Anordnung zum Radwegekonzept. Die Straßenverkehrsstelle hat dabei vorgegeben, dass Verkehrszeichen 240 gemeinsamer Fuß- und Radweg mit Zusatzzeichen: 100-31 in beide Richtungen, zwei gegen gerichtete senkrechte Pfeile, anzubringen sind.

Die Kennzeichnung als gemeinsamen Rad- und Fußweg mit Zeichen 240 in beide Richtungen; sowohl parallel zum Festplatz von Osten kommend als auch an der Einmündung des Feldweges zwischen Teutschneureuter Straße und Neureuter Querallee beim Trafohäusle – die Verkehrsschilder sind bereits installiert.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Verengung der Fahrbahn in einem Abschnitt der Linkenheimer Landstraße. Hier sorgt ein eingezeichneter Bereich für einen ausreichenden Sicherheitsabstand zum Radweg auf der östlichen Straßenseite.

Als „positives Signal“ wertet **Ortschaftsrat Bernd Kalusche** die Ausführung und freut sich über ein erstes Feedback, auch wenn es sich um eine kleinere Maßnahme handele. Er hoffe, dass das Neureuter Radwegekonzept damit weiter an Dynamik gewinne.

In diesem Zusammenhang fragt **Ortschaftsrat Harald Denecken** nach, ob es richtig sei, dass die Mitteltorstraße nun kein gemeinsamer Fuß-/Radweg mehr sei?

Ja, das stimme, so der Vorsitzende. Die Situation sei dort rechtlich ganz schwierig. Nach einem Unfall werde dies verkehrstechnisch alles untersucht. Der Fußgängerüberweg werde an der Kreuzung neugestaltet. Weiter sei man auf der

Suche nach Lösungen, wie man dem Radfahrer vermitteln könnte, dass er dort zwar fahren dürfe, es jedoch kein benutzungspflichtiger Radweg sei und damit die Rechte entfielen. Es gelte alles von der Straßenverkehrsbehörde aufzuzeigen und rechtlich darzustellen.

Die Aufhebung dieser Wege sei nicht von der Verwaltung, sondern vom ADFC gekommen. In einer Ausschusssitzung, so der Vorsitzende, solle das Thema nochmals behandelt werden.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die straßenverkehrsrechtliche Anordnung Teutschneureuter Straße, Benutzungspflicht und Gegenläufigkeit gemeinsamer Geh- und Radweg zur Kenntnis.

Zu Punkt 5 der T.O.: **Prüfauftrag des Ortschaftsrates vom 14.07.2020 / Bedarfsampel Welschneureuter Straße / Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion, hier: Stellungnahme der Verkehrsrunde**

Bereits vor Jahren sei man mit einem Antrag gescheitert, erinnert der Vorsitzende zu Beginn. Nun gebe es hierzu nochmals einen negativen Bescheid.

Denn in der Ortschaftsratssitzung vom 14.07.2021 wurde auf Grundlage eines Antrages der SPD-Ortschaftsratsfraktion ein Prüfauftrag zur Einrichtung einer Bedarfsampel Welschneureuter Straße beschlossen.

Dazu zitiert Hauptamtsleiter Thomas Jäger aus der Rückmeldung des städtischen Ordnungs- und Bürgeramtes:

„Die Anfrage zur Einrichtung einer Bedarfsampel wurde am 17. November 2020 in der Verkehrsrunde besprochen. Nach einer Stellungnahme der Albtal-Verkehrsgesellschaft mbH kann diese dem Vorschlag an der Welschneureuter Straße eine Bedarfsampel für zu Fuß Gehende einzurichten, nicht zustimmen. Grund hierfür ist, dass ein sicheres Räumen des Bahnübergangs durch diese nicht mehr gewährleistet werden könnte. Zudem müsste die Sicherungsanlage vollständig erneuert werden. Die Stadt hätte sich an den Kosten hierfür zu beteiligen. Die Verkehrsrunde schließt sich dieser Auffassung an und lehnt die Einrichtung einer Bedarfsampel an der besagten Örtlichkeit ab. Anbei Auszug aus dem Protokoll der Verkehrsrunde. Der Sachverhalt ist unter dem Tagesordnungspunkt 4 aufgeführt. Dort finden Sie auch die vollständige Stellungnahme der AVG“.

Der Wunsch nach einer solchen Ampel, so erläutert **Ortschaftsrätin Irene Moser**, sei im Behindertenbeirat aufgeworfen worden. Moser stellt die Situation für die

Mitarbeitenden der Hagsfelder Werkstätten dar, die in diesem Bereich die Welschneureuter Straße überqueren müssen, um vom Bus an die Straßenbahnhaltestelle zu gelangen. Ihrer Bitte, eventuell eine einfache Lösung dadurch finden zu können, indem man entsprechende Ampeln koppeln könnte, entgegnete Ortsvorsteher Achim Weinbrecht, man müsse sich auf die Aussagen des Fachamtes verlassen. Die Ampeln seien mit den Schranken gekoppelt.

In diesem Zusammenhang hat **Ortschaftsrätin Karin Heidke** darauf hingewiesen, wenn eine Reduzierung auf 30 km in der Welschneureuter Straße komme, dies auch die Geschwindigkeit in diesem Bereich herausnehmen könne und die Fußgänger die Straße überqueren könnten. Sie fragt nach, wann diese komme. Dies sei im Protokoll der vorletzten Ortschaftsratssitzung nachzulesen, antwortet der Vorsitzende.

Bereits in dieser vorletzten Sitzung im November, so **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast** in diesem Zusammenhang, habe man angemahnt, dass überall ein Jahr gedauert habe, um einige Schilder aufzustellen. Jetzt sei Februar und die Schilder stehen immer noch nicht! Im November sei noch kein endgültiger Termin genannt worden, wann die Schilder gestellt werden würden.

Die Antwort des Umweltamtes lautet damals, so der Vorsitzende, dass zunächst das Lärmschutzgutachten nochmals durch das Regierungspräsidium überprüft werden müsse. Wenn es dabei keine anderen Werte geben sollte, werde die Stadt Karlsruhe dieses Projekt umsetzen – ohne zeitliche Angabe!

**Zu Punkt 6 der T.O.: **Anfrage der FDP-Ortschaftsratsfraktion,
Energiegewinnung durch Geothermie****

Immer häufiger werden Fragen zur Thematik an die Ortschaftsräte gestellt, so die Neureuter FDP-Fraktion in ihrer Anfrage, aus der der Vorsitzende eingangs zitiert. Dies erfordere nach Meinung der Ortschaftsratsfraktion einer erneuten Aufklärung des Ortschaftsrates. Denn in Medien hören die Bürgerinnen und Bürger von der nicht ganz einfachen oder auch nicht immer gefahrlosen Umsetzung der Energiegewinnung durch Geothermie im Mittelrheingraben. Dadurch entstehe aus Sicht der Bevölkerung (auch in Neureut) eine immer größer werdende Skepsis zu den geplanten Geothermie-Projekten in ihrem Wohnumfeld.

Die FDP würde sich freuen, schreibt sie in ihrer Anfrage, wenn ein dementsprechender Expertenkreis über diese Dinge, „womöglich mit neuen

Erkenntnissen oder einem Gutachten zu unserem Gebiet in einer der nächsten Sitzungen Auskunft geben könnte“.

Aufgrund dieser Anfrage sei mit dem Fraktionsvorsitzenden der FDP vereinbart worden, so der Vorsitzende, dass es heute ein Vortrag dazu gegeben werde. Hintergrund sei eine m vergangenen Freitag erfolgte Videokonferenz mit der Deutschen ErdWärme GmbH, die eine bergrechtliche Aufsuchungserlaubnis besitzt und das Projekt einer Geothermieranlage in Neureut betreibt, aus der er einige Informationen gab: Bekanntlich ist das Projekt in Neureut zur Anbindung an ein Fernwärmenetz als auch zur Anbindung ans Stromnetz vorgesehen. In einer Tiefe von ca. 3.000 - 4.000 m Tiefe wurde im Rahmen von ersten geologischen Interpretationen ein geothermisches Reservoir identifiziert, für welches Temperaturen von 160 - 190°C prognostiziert werden. Derzeit werde eine thermische Leistung von 40-50 MW, welche in einer modernen Kraftwerksanlage in ca. 7,5 - 12 MW elektrische Leistung gewandelt werden würde, erwartet. Aktuell laufen weitere Datenanalysen zur Evaluierung des Reservoirs und finalen Standortermittlung. Ergebnisse aus der Datenauswertung erfordern weitere umfangreiche Datenerhebungen mittels 3D-Seismik-Kampagne im Norden von Neureut.

Nur mit weiteren Daten könne ein erfolgreiches und vor allem sicheres Projekt gewährleistet werden. Die Maßnahme werde sich so um rund 6 bis 12 Monate hinauszögern. Die Datenerhebung beginne voraussichtlich ab März. Dazu werden bis Juli „weiße LKWs“ (Rüttlerfahrzeuge) im Norden Neureuts unterwegs sein, um den Untergrund seismisch zu erkunden. Erst dann könne eine Aussage getroffen werden, welches Gestein und geothermisches Reservoir sich dort befinde! Laut jetziger Aussage der Deutschen ErdWärme GmbH wolle man nur in der Buntsandsteinschicht bohren, nicht wie bei Straßburg, wo es zu Erdbeben kam, in tieferem und härterem Gestein. Denn dies sei die Ursache für die dortigen seismischen Aktivitäten.

Wenn Daten vorliegen, sehe man genau, welches Gestein und geothermisches Reservoir in Neureut vorhanden sei.

Darüber werde die Deutschen ErdWärme im Ortschaftsrat als erstes berichten – so sei man mit ihnen darüber verblieben -, informiert der Vorsitzende.

Im Anschluss führt er die Optionen an, die vom Ortschaftsrat gegeben wurden: Demnach habe er bei der Standortfrage den Bereich 6 favorisiert – der 2,5 ha große „Standort 6 Nördlich Kirchfeld“ befindet sich westlich der „Linkenheimer Landstraße“ und grenzt unmittelbar an das Materiallager des Bundes. Und als Alternative eventuell

noch den Bereich 3. Dann präsentiert er noch den jetzigen Stand der Grundstücksverhandlungen des Bereichs 6: Dabei liegen bei 7 von 16 Grundstücken Zusagen vor, 14 Rückmeldungen stehen noch offen. Im Bereich 3 (südlich der B36 zwischen der „Grabener Straße“ sowie der „Linkenheimer Landstraße“ (L605) sind momentan 4 von 10 Grundstücken verfügbar, 12 Rückmeldungen stehen hier noch aus. Die Verhandlungen bezeichnet die Deutsche ErdWärme zurzeit als „noch optimistisch“ und sind zuversichtlich noch weitere Zustimmungen erhalten zu können.

Die Deutschen ErdWärme erbittet zudem die Unterstützung der Ortschaftsräte, besonders im Hinblick auf ein positives Signal an die Stadtwerke zu geben, wenn es zu einer Geothermieanlage kommen sollte, damit eine engere Kooperation stattfinden könne.

Damit die Aufsuchungserlaubnis nicht erlischt, muss die Deutschen ErdWärme beim Bergbauamt in Freiburg entsprechende Tätigkeiten nachweisen, damit diese zeitlich erweitert werden kann. Eine dieser Aktivitäten sei die seismische Untersuchung.

Zudem biete die Deutschen ErdWärme dem Ortschaftsrat bis Ende des Jahres eine Besichtigung in Graben-Neudorf an, wo bereits Rodungsarbeiten für ein entsprechendes Projekt begonnen haben. Dabei stehen dem Ortschaftsrat auch Fachleute Rede und Antwort, sofern es überhaupt zu einer Realisierung kommen werde.

Basierend aus einem Bericht der „Badischen Neuesten Nachrichten“ bezeichnet die Deutschen ErdWärme die Gespräche mit der dortigen Initiative als sehr konstruktiv.

Es werde noch einen Flyer geben, den man auch in Neureut verteilen möchte, darin gebe es auch eine Gegenüberstellung der Untersuchungsgebiete in Vendenheim bei Straßburg und Waghäusel. Dieser werde dem Ortschaftsrat per Mail zur Verfügung gestellt.

In einem Flyer, der in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung erstellt und an jeden Haushalt in Neureut verteilt werde, solle die Thematik dem Bürger nahegebracht und Ängste genommen werden.

Ortschaftsrat Dieter König dankt für die Darlegung der aktuellen Situation, nach wie vor seien jedoch Fragen zur Geologie, Risiken etc., offen. Seine Fraktion werde zur gegebenen Zeit ihre Anfrage in einem Antrag erweitern, um Expertenmeinungen zu hören. Er freue sich zwar auf die Besichtigung, jedoch sei dies aus der Sicht des Betreibers, man wolle jedoch eine neutrale Expertenrunde haben.

Auch erwähnt er einen Bericht in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom November, in dem ausgeführt wird, dass Experten ein höheres Erdbebenrisiko für den Oberrheingraben sehen würden. Dies sei, so der Vorsitzende, der FDP bereits zugesagt worden, es als Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Hinsichtlich des gewünschten Expertengremiums sei er dankbar, wenn hierzu aus den Reihen des Ortschaftsrates entsprechende Vorschläge kämen. Die Ortsverwaltung sei auf der Suche über die bereits bekannten und referierenden Experten hinaus leider nicht fündig geworden.

Stadt- und Ortschaftsrat Detlef Hofmann weist darauf hin, auch seine Fraktion habe in einer Pressemitteilung versucht, die Thematik anzusprechen. Denn es gebe eine neue Erdbebennorm und wie diese Auswirkungen auf das neue Bauvorhaben habe. Es sei sicherlich interessant, dies in dem Zusammenhang mit zu überprüfen.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Ausführungen mit den Anmerkungen aus der Runde des Gremiums zur Kenntnis.

Zu Punkt 7 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

7.1

Hauptamtsleiter Thomas Jäger informiert zur Schranke Alte Bahnlinie/Schutz der Erdkrötenpopulation:

Basierend auf einer Anfrage der Grünen vom August 2020 zu einer fest installierten Schranke teilt er mit, dass inzwischen die finanzielle Seite geklärt sei. Dazu habe das Umweltamt Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um eine Schranke beauftragen zu können. Der Auftrag solle zeitnah durch das Umweltamt an den Schrankenhersteller gehen, wobei noch keine telefonische Abstimmung bisher habe stattfinden können. Der Bau werde voraussichtlich bis zur diesjährigen Krötenwanderung nicht mehr ausgeführt werden können. Nun werde man nochmals nach dem Muster der vergangenen Jahre agieren müssen. Allerdings laufe momentan bereits die Schulung der sieben freiwillig Helfenden, die Sperrungen auf- und abbauen werden. Seitens des Umweltamtes sei die Ortsverwaltung wieder um Unterstützung angefragt worden, die man selbstverständlich gerne zugesagt habe. So werde man die nächste Krötenwanderung noch mit „Manpower“ durchführen und die

Straßensperrungen stellen. Danach werde es mit einer Schrankenanlage einfacher werden.

Zu Punkt 8 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

8.1

Ortschaftsrat Bernd Kalusche regt an, auf der Fläche vor dem Wertstoffhof am Waldsportplatz in Kirchfeld Rasengittersteine zu verlegen, da es hier sehr matschig sein kann.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

8.2

Ortschaftsrat Rüdiger Lörz schlägt vor, auf einer Freifläche am Wikingerspielplatz Gerätschaften für ältere Kinder/Jugendliche anzubringen. (event. Tischtennisplatte)?

Antwort:

Dies wird im Rahmen der anstehenden neuen Haushaltsberatungen aufgenommen werden. Die Haushaltsberatungen werden bereits in der Märzsitzung begonnen werden.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: